

halten würde. Familienplanung müsse für die nächsten fünfzig Jahre beibehalten werden, da der Bevölkerungsdruck über lange Zeit anhalten werde. Aufgrund der hohen Bevölkerungszahl wachse die Bevölkerung Chinas pro Jahr um 13 Millionen. (XNA, 24.2.98)

Die Grüchte waren durch eine angebliche Äußerung eines Vertreters des Ministeriums für zivile Angelegenheiten genährt worden, über die die SCMP am 12.2.98 berichtete. Danach soll der Staatsbedienstete angedeutet haben, die Ein-Kind-Politik würde in einigen Jahren aufgegeben werden, weil die Geburtenraten aufgrund von Spätheirat zurückgingen. Das durchschnittliche Heiratsalter von Frauen habe sich von 19 auf 25 Jahre erhöht.

Nach wie vor gilt die Regelung, daß im städtischen Raum pro Ehepaar ein Kind erlaubt ist, während auf dem Lande normalerweise die Genehmigung für ein zweites Kind erteilt wird. Lockerungen gibt es in Armutsgbieten und bei den Nationalitäten. -st-

### 18 Guangzhou muß eigenes Stadtwappen und eigene Hymne aufgeben

Auf Weisung der Zentralregierung ist es der Stadt Guangzhou nicht mehr gestattet, das offizielle Wappen der Stadt und die Stadthymne, das Guangzhou-Lied, zu benutzen. Beides hatte in jüngster Zeit breite Verwendung im Stadtleben gefunden und diene offensichtlich dazu, die Identität der Guangzhouer Bevölkerung zu stärken, sehr zum Mißfallen der Zentrale, die in ständiger Sorge vor Tendenzen der Verselbständigung einzelner Provinzen und Regionen lebt. Die Beijinger Regierung besteht auf der ausschließlichen Benutzung der nationalen Symbole, und die Guangzhouer Stadtregierung hat sich diesem Wunsch gebeugt. Fortan muß das Stadtemblem überall abmontiert und zerstört werden, so z.B. an Gebäuden, auf Fahrzeugen und auf städtischem Propagandamaterial. Auch das Guangzhou-Lied darf nicht mehr gesungen werden. Offizielle Briefmarken mit dem Stadtemblem, die gerade gedruckt werden und wohl vor dem Verbot in Auftrag gegeben worden waren, werden nicht in Umlauf kommen, sondern sollen ins Stadtmuseum wandern. (Vgl. SCMP, 25.2.98)

In der neueren Geschichte Chinas hat die Provinz Guangdong schon immer eine starke eigene Identität gehabt, die vor allem in der ersten Hälfte des 20.

Jh. gepflegt wurde. Guangdong begriff sich als Wiege der modernen revolutionären Bewegungen in China (hier hatte Sun Yatsen seine Basis) und als Vorreiter der Modernisierung. An die letztere Tradition wird heute wieder angeknüpft. Anders jedoch als in den Jahrzehnten vor 1949, als die Provinzfürher teilweise quasi-unabhängige Regime führten, besteht heute keine Gefahr einer wie auch immer garteten Verselbständigung. Dies schließt freilich nicht aus, daß der Lokalpatriotismus blüht. Das eigene Wappen und die eigene Hymne der Provinzhauptstadt sind Ausdruck eines solchen Lokalpatriotismus. -st-

---

## Außenwirtschaft

---

### 19 „Wirtschaftskrise in asiatischen Nachbarstaaten bringt Herausforderungen und Chancen für China mit sich“

Mitte Februar 1997 wies der stellvertretende Minister für Außenhandel und wirtschaftliche Zusammenarbeit, Liu Xiangdong, in einer Rede auf die Herausforderungen und Chancen der Asienkrise für China hin. Liu konzentrierte sich dabei auf außenwirtschaftliche Fragen.

Mit Blick auf den chinesischen Export sieht Liu den Einfluß der Asienkrise für China vor allem darin, daß ein größerer Anteil des Außenhandels mit den Ländern abgewickelt werden, die von der Krise am stärksten betroffen sind. Dazu zählen die ASEAN-Staaten sowie Südkorea und Japan. Der Anteil der Exporte Chinas in diese Länder an den Gesamtexporten belief sich im Jahre 1997 auf 29%. Der Ausfuhranteil für Japan betrug 14,7%, für die ASEAN-Staaten 6,6% und für Südkorea 5%.

Die Asienkrise hat zu einer Verlangsamung des Wirtschaftswachstums in den o.g. Ländern geführt sowie zu einer Verschlechterung ihrer Zahlungsfähigkeit und zu einem Rückgang ihrer Importe. Hieraus folgt Liu Xiangdong nach ein direkter Einfluß auf Chinas Exporte in diese Länder.

Weiterhin bestehen große Gemeinsamkeiten zwischen den Exportgüterstrukturen der ASEAN-Länder und Chinas, die hohe Anteile arbeitsintensiver Produkte aufweisen, die hauptsächlich in die USA, nach Europa, Japan und Hongkong geliefert

werden. Aufgrund der Abwertung in diesen Ländern hat sich Chinas Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich zu den Ausfuhrern dieser Länder verschlechtert.

Hinsichtlich der Absorbierung von Auslandskapital besteht der wesentliche Einflußfaktor darin, daß nach wie vor der überwiegende Anteil der ausländischen Direktinvestitionen (ADI) aus Hongkong, Taiwan, Japan, Südkorea und den ASEAN-Staaten kommt. Die Investitionen aus diesen Ländern in den chinesischen Inlandprovinzen belaufen sich auf einen Anteil von 80% an den gesamten ADI. Die Krise hat die Auslandsinvestitionsstätigkeit dieser Länder geschwächt; dies wird sich auf den Zustrom von Auslandskapital in die Inlandprovinzen Chinas auswirken. Weiterhin muß damit gerechnet werden, daß diese Länder noch stärkere Anstrengungen machen werden, um Auslandskapital anzuziehen, so daß sich die Konkurrenzsituation für China verschärfen wird.

Wie ein Xinhua-Bericht über die Entwicklung der Auslandsinvestitionen zeigt, genehmigte die chinesische Regierung 1997 insgesamt 21.028 Unternehmen mit Auslandskapital, deren vertraglich vereinbartes Investitionskapital 51,8% betrug. Gegenüber 1996 sank damit die Anzahl der genehmigten Projekte um 14,37%, während das Volumen der zugesagten Investitionen um 29,36% zunahm. Die 1997 realisierten Direktinvestitionen erhöhten sich um 8,47% und betrugen 45,26 Mrd.US\$. (XNA, 9.2.98)

Ein weiterer negativer Einfluß der Asienkrise auf China sieht Liu im Rahmen der vertraglichen Kooperationsprojekte und des Arbeitskräfteexports in diese Länder. Auf die ASEAN-Region und Südkorea entfallen 65% der vertraglichen Kooperationsprojekte und Arbeitskräfteexporte. Nach der Verschärfung der Krise in diesen Ländern wurde das Volumen dieser Projekte um mehr als 10 Mrd. US\$ gekürzt. Einige der Projekte, die von chinesischen Unternehmen in der Nachbarregion durchgeführt werden sollten, wurden abgesagt, andere bereits in Bau befindliche Projekte leiden unter mangelndem Mittelzufluß.

Neben den genannten Herausforderungen sieht Liu jedoch auch durchaus Chancen, die die Krise für China mit sich bringt. Hierzu zählt Liu zufolge das weiterhin hohe Wachstum der Weltwirtschaft und die Möglichkeit, die Märkte in den USA, Europa sowie in Afrika, den Mittle-

ren Osten, Lateinamerika, den GUS-Staaten und den osteuropäischen Ländern weiter zu erschließen. Trotz der Schwierigkeiten in der südostasiatischen Region sieht Liu aber auch dort noch Möglichkeiten für Außenhandel und wirtschaftliche Kooperation. So werden diese Länder weiter preisgünstige Rohstoffe und Halbfertigprodukte für die Fertigung importieren müssen, und China bietet sich dabei als Lieferant an.

Aufgrund der Abwertung und dem damit verbundenen Wertverlust von Vermögenswerten der Unternehmen in der Region sieht Liu auch die Möglichkeit für chinesische Unternehmen, lokale Unternehmen in Südostasien aufzukaufen und dadurch die dortigen Märkte stärker zu durchdringen. (Zhongguo Xinwen She News Agency, Beijing, in Chinese, 17.2.97, nach SWB, FE/D3158/CNS 23.2.98)

Daß festlandchinesische Unternehmen auch die Chancen der Wirtschaftskrise nutzen und sich in der südostasiatischen Region nach Unternehmen umsehen, die sie aufkaufen können, zeigt ein Artikel in der *Financial Times* vom 25.2.98. Als Beispiel hierfür gilt Li Xiaohua, Aufsichtsratsvorsitzender der privaten Huada International Investment Group. Sein Interesse bezieht sich vor allem auf Käufe von High-Tech-Unternehmen und Unternehmen, die Palmöl und Gummi produzieren, da es hierfür einen guten Absatzmarkt in China gibt. Um die Märkte in Südostasien zu erkunden, wurden Angestellte des Unternehmens vor allem nach Korea und Thailand entsandt. Außerdem wurden Bankexperten aus New York eingeschaltet, die gute Einkaufsmöglichkeiten untersuchen sollen.

Li zeigte sich jedoch besorgt mit Blick auf Indonesien und den dort aufgetretenen Übergriffen auf auslandschinesische Unternehmen. In Südkorea und Thailand sei der Höhepunkt der Krise überschritten, für andere Länder der Region treffe dies jedoch noch nicht zu. -schü-

## 20 Schwache Außenhandelsentwicklung für 1998 erwartet

Für 1998 erwartet die Ministerin für Außenhandel und wirtschaftliche Zusammenarbeit Wu Yi nur eine geringe Zunahme des Außenhandelsvolumens. In der offiziellen Tageszeitung *China Daily* soll die Ministerin vor einer Unterschätzung der Folgen gewarnt haben, die durch die Asienkrise für China zu erwarten wären. Es wird da-

von ausgegangen, daß der Zuwachs des Außenhandelsvolumens im Jahre 1998 gegenüber 1997 um die Hälfte kleiner sein wird. 1997 war noch eine Zunahme um 12,5% verzeichnet worden. Bei einem erwarteten Anstieg um 6% in diesem Jahr würde das Außenhandelsvolumen 345 Mrd.US\$ betragen. (FT, 10.2.98; NfA, 23.2.98)

Mit bestimmten Handelspartnern wird 1998 voraussichtlich ein besonders schwieriges Jahr werden. So verzeichnete der chinesisch-japanische Handel im letzten Jahr lediglich eine Zunahme von 1,2% gegenüber der Wachstumsrate im Jahre 1996 von 8,6%. Zwischen 1993 und 1995 war das gemeinsame Handelsvolumen sogar um durchschnittlich jährlich mehr als 30% angestiegen.

Als einer der Gründe wird von chinesischer Seite die Veränderung der Wechselkurse gesehen. Während der Yen gegenüber dem Dollar an Wert verlor, kam es zu einem Wertzuwachs für die chinesische Währung. Hier von sei eine negative Wirkung für die chinesischen Exporte nach Japan ausgegangen. Im November nahmen die Exporte Chinas nach Japan nur um 1,3% zu, gegenüber September sanken sogar die Exporte von Nahrungsmitteln, Textilien, Elektronikprodukten, Maschinen und anderen traditionellen Produkten. Auch die Direktinvestitionen 1997 (keine Angabe dazu) aus Japan gingen zurück, während sie in den Jahren 1991-95 mehr als 20% zugenommen hatten. (XNA, 29.1.98)

Nach Einschätzung japanischer Unternehmer wird zwar auch zukünftig ein erheblicher Teil der Investitionen aus Japan nach China fließen, doch sei die allgemeine Stimmung weitaus vorsichtiger geworden. So würde genau beobachtet, wie sich die chinesische Währung entwickelt und ob sie abgewertet wird. Weiterhin wären die Unternehmen vor dem Hintergrund der Asienkrise besorgt mit Blick auf die Überkapazitäten in vielen Branchen in China. (AWSJ, 5.2.98)

Von einer negativen Außenhandelsentwicklung auf dem Festland wird auch Hongkong wegen der engen Handelsverflechtung mit China beeinträchtigt. Aufgrund des verstärkten Konkurrenzdrucks aus Südostasien erwarten beispielsweise die Schuh- und Textilunternehmen in Guangzhou einen Rückgang ihrer Exporte in diesem Jahr um 20 bis 30%. (SCMP, 20.2.98)

Vor allem die Textilexporteure werden den zunehmenden Wettbewerb in diesem Jahr spüren. Um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern, hat die Re-

gierung angekündigt, die Mehrwertsteuer-Rückerstattung für Textilhandelsunternehmen um 2% zu erhöhen. Im letzten Jahr hat der Textilsektor mit einem Exportvolumen von 46 Mrd.US\$ bzw. 25% der Ausfuhren mit am stärksten zu den Gesamtexporten beigetragen. (SCMP, 24.2.98)

Statistiken über die Entwicklung des Außenhandels im neuen Jahr zeigen für Januar einen Rückgang des Außenhandelsvolumens um 1,2% gegenüber dem Vorjahresmonat. Die Exporte in die asiatischen Länder gingen im Januar um 1,4% zurück und betragen 6,99 Mrd.US\$. (IHT, 20.2.98)

Nach WTO-Statistiken hat China im Jahre 1997 mit seinem Export- und Importvolumen von 325 Mrd.US\$ auf Rang 10 im Welthandel gelegen. Die vorangegangenen fünf Jahre hatte China den Rang 11 unter den größten Handelsländern eingenommen.

An diesem Außenhandelserfolg waren nach einem Bericht der Xinhua-Nachrichtenagentur nicht nur die Küstenprovinzen Guangdong, Hainan, Fujian und Zhejiang mit Wachstumsraten von über 20% beteiligt, sondern auch eine Reihe von Inlandprovinzen. Weiterhin wirkte sich die Veränderung der Exportgüterstruktur positiv auf den Außenhandel aus. So fiel der Anteil der Rohstoffe am Gesamtexport weiter auf 13,1% und der Anteil der verarbeitenden Exportprodukte erhöhte sich auf 86,7%. (Xinhua News Agency, Domestic Service, Beijing, in Chinese, 23.1.98) -schü-

## 21 Handelsbilanzüberschuß Chinas mit der EU

Nach Angaben der chinesischen Zollbehörden belief sich das Handelsvolumen zwischen der EU und China im Jahre 1997 auf 43 Mrd.US\$, ein Anstieg um 8,3% gegenüber 1996. Damit entfiel ein Anteil von 13,2% am gesamten Handelsvolumen Chinas auf die EU.

Bei Exporten in Höhe von 23,81 Mrd.US\$ und Importen von 19,19 Mrd.US\$ weist die Zollstatistik einen Überschuß für China von 4,62 Mrd.US\$ aus. Nach chinesischen Angaben war dies Ergebnis aufgrund des geringen Importwachstums von lediglich 3,4% gegenüber der Zunahme der Exporte aus China in die EU in Höhe von 20,1% zustande gekommen.

Von den Importen aus der EU entfallen rd. 70% auf Maschinen und Elektronikprodukte, für die die Nach-

frage in China jedoch – u.a. auch aufgrund des verbesserten Produktionsstandards für diese Produkte im Inland – zurückgegangen ist. Daß außerdem für viele dieser Produkte die bestehende Vergünstigung beim Import durch Auslandsinvestoren Ende 1997 auslief, hatte ebenfalls zum Rückgang des Importvolumens beigetragen. (XNA, 5.2.98)

Aus der Sicht der EU-Statistik stellt sich die Außenhandelsentwicklung anders dar, allerdings stehen Zahlen für 1997 noch nicht zur Verfügung. Zwischen 1990 und 1996 erhöhten sich die EU-Exporte um 16,7% pro Jahr und stiegen von einem Volumen von 5,8 Mrd. ECU auf 14,7 Mrd. ECU. Allerdings nahmen die Importe aus China mit einem jährlichen Zuwachs von 17,6% noch mehr zu, und zwar von 11,4 Mrd. ECU auf rd. 30 Mrd. ECU. Während die EU 1990 erst ein Defizit im Handel mit China in Höhe von 5,6 Mrd. ECU aufweist, stieg der negative Saldo bis 1996 auf 15,3 Mrd. ECU. (Internet: <http://europa.int/search97cgi>)

Während des Weltwirtschaftsforums in Davos im Februar d.J. trafen Chinas stellvertretender Ministerpräsident Li Lanqing und Jacques Santer, Präsident der Europäischen Kommission, zu Gesprächen zusammen. Li Lanqing begrüßte den Vorschlag der Kommission, China von der Liste der Nicht-Marktwirtschaften zu streichen. Weiterhin ging es in den Gesprächen auch um Fragen des WTO-Beitritts Chinas. Li forderte die EU auf, gegenüber den verbleibenden Zutrittsfragen ein flexibleres, stärker pragmatisch ausgerichtetes und konstruktives Verhalten zu zeigen. (XNA, 3.2.98)

Eine „aktivere“ Gestaltung der Beziehungen zwischen der EU und China forderte der EU-Vizepräsident Sir Leon Brittan in einer Rede in London Anfang Februar d.J. Der für Außenhandelsfragen zuständige Vizepräsident wies darauf hin, daß die EU ihre Politik gegenüber China stets neu anpassen müsse. Die 1995 in einem Positionspapier der EU skizzierte Strategie solle jetzt verbessert werden, und er werde dazu auch in einigen Wochen Vorschläge machen.

Brittan zufolge sollten im Mittelpunkt der China-Strategie der EU eine Vertiefung des politischen Dialogs, eine schnellere Integration Chinas in die multilateralen und internationalen Strukturen und neue Programme der Zusammenarbeit stehen. Die EU soll sich nach Brittan stärker darum be-

mühen, Chinas weltpolitische Bedeutung anzuerkennen. (NfA, 6.2.98)

Während die EU sich stärker als zuvor bemüht, die wirtschaftlichen Beziehungen zu China zu stärken, läßt sich bei der Menschenrechtspolitik eher ein Zurückweichen feststellen. So kamen die EU-Außenminister Ende Februar darin überein, gegen China in der UN-Menschenrechtskommission keine Sanktionen zu beantragen. Während Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Italien, Spanien und Griechenland gegen Sanktionen waren, da sie dadurch wirtschaftliche Benachteiligung auf dem chinesischen Markt befürchteten, hatte Dänemark Sanktionen durchsetzen wollen. (SZ, 27.2.98) -schü-

---

## Binnenwirtschaft

---

### 22 Investitionsprogramm soll Wirtschaft stärker beleben

In einer Rede auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos Anfang Februar d.J. kündigte der stellvertretende Ministerpräsident Li Lanqing an, daß das Wirtschaftswachstum in diesem Jahr durch ein umfangreiches Investitionsprogramm belebt werden wird. Für 1998 wird ein Wirtschaftswachstum von 8% angestrebt, das mit ausgewählten Investitionsprojekten unterstützt wird. Mit öffentlichen Mitteln geförderte Projekte umfassen die Bereiche Bewässerung und Wasserversorgung und andere landwirtschaftliche Infrastrukturprojekte, der Bau von Eisenbahnen und Autobahnen und sonstigen Transporteinrichtungen, Umweltschutzprojekte, die Entwicklung von High-Tech-Industrien, die technologische Verbesserung der Unternehmen und der Wohnungsbau. Mit der Erhöhung der Investitionen erwartet Li Lanqing eine Zunahme der Arbeitsplätze und der Konsumnachfrage.

Eine große Wachstumschance stellt Li Lanqing zufolge das enorme Potential des inländischen Marktes dar. Die Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern sei in den letzten Jahren stark gestiegen, es bedürfe jedoch besserer Absatzkanäle für diese Produkte im ländlichen Raum. Der große Konsumgütermarkt spiele eine Schlüsselrolle bei der Wirtschaftsentwicklung Chinas.

Li Lanqing wies in seiner Rede auch darauf hin, daß die weitere Entwicklung und Öffnung von Zentral- und Westchina geplant sei. Um Auslandsinvestitionen in diese Region zu bringen, müßten die Bedingungen dort verbessert werden. (Xinhua News Agency Domestic Service, Beijing, in Chinese, 1.2.98, nach SWB, FE/D3141/CNS, 3.2.98)

Über das Volumen der Infrastrukturprojekte bestehen in der Tagespresse unterschiedliche Angaben. Die *South China Morning Post* vom 2.2.98 berichtet zwar von der Ankündigung Li Lanqings, ein umfangreiches Infrastrukturprogramm einzusetzen. Dem Bericht zufolge soll der Minister jedoch keine näheren Angaben gemacht haben. Dagegen geben die *Nachrichten für den Außenhandel* vom 9.2.98 den Umfang des Programms mit 750 Mio. US\$ an. Diese staatlichen Investitionen seien in den verbleibenden drei Jahren für folgende Projekte bestimmt: Bau von 2.800 km Autobahnen, Ausbau von 80.000 MW zusätzlicher Kraftwerkskapazität, Bau von 16.000 km Eisenbahnstrecken sowie Verlegung von 17 bis 18 Mio. neuer Telefonleitungen.

In der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 25.2.98 gibt es in zwei Artikeln unterschiedliche Angabe zum Volumen der Infrastrukturprojekte. So wird mit Bezug auf die *China Daily* und den Minister der Staatlichen Planungskommission Chen Jinhua an dieser Stelle ein Umfang von 8 Milliarden Yuan bzw. rd. 1 Mrd. Dollar genannt. An anderer Stelle wird sogar ein Betrag von 750 Mrd. Yuan bzw. 6200 Mrd. Yuan angegeben – wohl ein offensichtlicher Übertragungsfehler. Ebenfalls am 25.2.98 berichten die *Nachrichten für den Außenhandel* unter Berufung auf Chen Jinhua, daß es sich bei den 8 Mrd. Yuan um Investitionen im Rahmen des 8.Fünffjahresplanes bis zum Jahr 2000 handele, wobei in den ersten Jahren bereits 5 Mrd. Yuan investiert worden seien.

Zur Frage der Finanzierung des Investitionsprogramms wies Li Lanqing auf drei Möglichkeiten hin:

- Durch den Aufbau eines effizienteren Besteuerungssystems könnten die Steuern erhoben werden, die dem Staat auch zukämen.
- Mit Hilfe der hohen Sparquote der chinesischen Bevölkerung würden die Mittel bereitgestellt werden können, und